

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/72

Bonn, den 17. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Für die faire Diskussion 47

Es geht um das Gleichgewicht unserer demokratischen Staatsordnung

2 - 3 Nicht alle Erwartungen erfüllt 101

Frankreichs Europapolitik - Ihre Stärken und Schwächen

Von Egon C. Heinrich

4 Richtig, erfolgreich und vernünftig 40

Wie die Hamburger ihren Senat bewerten

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Rechtsbestand in den Grenzen von 1937
Gewaltverzicht verbindlich machen
Relative und absolute Entspannung
Zu Verhandlungen über das Münchner Abkommen bereit
Fairneß und Gerechtigkeit der Massenmedien gefordert
Für Sicherheit und Ordnung in Berlin
1918-1938-1945
Volksgruppenrecht für die Sudetendeutschen?

* * *

*

Für die faire Diskussion

Es geht um das Gleichgewicht unserer demokratischen Staatsordnung

sp - Es gibt einige Anzeichen dafür, daß die Studentenrevolten der letzten Tage nunmehr zu ernsthaften Überlegungen führen, unter welchen Voraussetzungen das Gleichgewicht unserer demokratischen Staatsordnung wiederhergestellt werden kann. Jetzt, da das Unglück geschehen ist, schreiben und reden viele kluge und weniger kluge Leute über seine Ursachen. Hierbei wird oft irrtümlich unterstellt, es gäbe auf der einen Seite nur "die Dutschkes" und auf der anderen Seite nur "die etablierte Gesellschaft".

Was die deutsche Öffentlichkeit und auch das Ausland gegenwärtig beschäftigt und zum Teil sogar verängstigt, ist mit so einfachen Katalogbezeichnungen nicht in den Griff zu bekommen. "Die Dutschkes" sind nicht "die Studenten", und die Regierung, die Parteien sowie die Exekutivorgane sind nicht "die etablierte Gesellschaft". Oberflächlich betrachtet mag dies so sein. Wer sich jedoch mit dieser Klassifizierung begnügt, dürfte sehr schnell erleben, daß er nicht begreift, was in unserer Volke vor sich geht.

Vor dem Attentat auf Rudi Dutschke war die Ablehnung der Aktionen außerparlamentarischer Gruppen beim überwiegenden Teil unseres Volkes deutlich spürbar. Danach begann, trotz nicht abzustreitender illegaler Handlungen von Stoßtrupps der außerparlamentarischen Opposition, eine durch unser ganzes Volk gehende Diskussion über die Ursachen der Revolten. Brave Bürger, die noch vor wenigen Wochen meinten, Studenten sollten studieren und nicht demonstrieren, fragen sich plötzlich, worauf denn eigentlich die Hartnäckigkeit demonstrierender und revoltierender Studenten zurückzuführen sei.

Man ist sich im allgemeinen einig darüber, daß der Staat das Recht und die Pflicht hat, illegalen Aktionen so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten. Weniger einig ist man sich jedoch schon darüber, ob die revoltierenden Studentengruppen so völlig Unrecht haben, wenn sie auf die Straße gehen.

Allzu leicht machen es sich aber jene, die jetzt von "kommunistischer Steuerung" und "Linksradikalismus" reden, wenn sie Argumente für ihren Ruf nach verstärktem Polizeieinsatz suchen. In Deutschland scheint es eine Erbkrankheit zu sein, immer denn von Linksradikalismus zu reden, wenn einem irgendetwas unbequem wird. Daß der Dutschke-Attentäter Bachmann zugegeben hat, sich durch den Mord an Dr. Martin Luther King inspiriert gefühlt zu haben, daß er die Kommunisten hasse und deswegen Dutschke ermorden wollte, gerät mehr und mehr in Vergessenheit.

Wir sind überzeugt, daß die Repräsentanten der von den radikalen Studentengruppen als "etablierte Gesellschaft" bezeichneten Persönlichkeiten immer noch mit den Studenten über deren Forderungen sachlich und fair diskutieren wollen. Und wir glauben auch, daß die Mehrheit der deutschen Studenten eine solche Diskussion ebenfalls wünscht. Es müßte also möglich sein, diesen beiderseitigen Wunsch in die Tat umzusetzen, wobei beide Seiten von der Voraussetzung auszugehen hätten, daß sie sich auch unbequeme Fragen stellen müssen und keiner Antwort ausweichen dürfen.

Nicht alle Erwartungen erfüllt

Frankreichs Europapolitik - Ihre Stärken und Schwächen

Von Egon C. Heiarich

Vor wenigen Wochen hat sich der Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischer Vertrages zum fünften Male geföhrt. Auch für die deutsche Sozialdemokratie lag die Bedeutung dieses Vertragswerkes nicht nur in den darin vorgesehenen Regierungskonsultationen, sondern auch in seinem symbolischen Charakter für die aller Welt sichtbare Aussöhnung und Freundschaft unter den beiden Nachbarvölkern. Andererseits war die SPD maßgeblich daran beteiligt, daß dem Vertrag im Bundestag eine Präambel vorangestellt wurde, die das bilaterale Abkommen einbettet in die multilateralen Vertragswerke wie EWG und NATO. Dadurch sollte vor allem bei den übrigen europäischen Staaten der Eindruck eines deutsch-französischen Zweierbündnisses zum Zwecke der Vorherrschaft in Europa vermieden werden. Die Präambel hatte zwar in Paris eine gewisse Verärgerung verursacht, die Anwendung des Vertrages aber nicht beeinträchtigt.

Man muß sich in Bonn wie auch in Paris eingestehen, daß der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit durchaus nicht alle Erwartungen erfüllt hat. Er konnte Krisen und Verstimmungen zwischen beiden Regierungen nicht verhindern, wohl aber einiges zu ihrer Bereinigung beitragen. Zu unterschiedlich sind noch immer die Auffassungen in den wesentlichen Fragen der europäischen und internationalen Politik, als daß ein Gleichklang der Politik hätte erreicht werden können.

Über alle Schwankungen der offiziellen Politik hinweg ist die ständig wachsende Annäherung und Freundschaft unter den beiden Völkern eine unabänderliche und höchst erfreuliche Tatsache in der europäischen Geschichte. Dies gilt vor allem für die Jugend, die im 20. Jahrhundert für nationalistische Rivalitäten und Querelen unter den europäischen Staaten kein Verständnis mehr aufbringt. Das Deutsch-Französische Jugendwerk ermöglicht jährlich tausende von Begegnungen zwischen deutschen und französischen Jugendlichen. Hinzu kommen Treffen auf zahlreichen anderen Ebenen.

Für die SPD ist die Freundschaft zwischen beiden Völkern die Grundlage eines vereinigten Europas. Man braucht hier nur an die Versöhnungspolitik von Jean Jaurés und August Bebel vor dem Ersten Weltkrieg zu erinnern. Einer der acht politischen Punkte, mit denen die SPD im Herbst 1966 in die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung eintrat, war die Wiederherstellung eines geordneten Verhältnisses zu Paris und Washington. Ohne Zweifel hat sich das Verhältnis Bonn - Paris seit Bildung der Großen Koalition ganz wesentlich verbessert. Über die neue Deutschland- und Ostpolitik besteht fast völlige Übereinstimmung zwischen Bonn und Paris.

Andererseits bestehen zwischen der deutschen und französischen Politik in wesentlichen Fragen starke Differenzen. Uneinig sind sich beide Regierungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG, die Politik in der NATO, den Atomwaffensperrvertrag, die internationale Währungspolitik und über das Verhältnis zu den USA. Vor allem der hartnäckige französische Widerstand gegen die Aufnahme Englands in die EWG hat in der Bundesrepublik wenig Verständnis gefunden. Wenn heute eine Ernüchterung in den deutsch-französischen Beziehungen, ein Rückfall der europäischen Länder in nationalstaatliche Politik sowie eine Stagnation in der euro-

päischen Einigung konstatiert werden müssen, so geben viele die Schuld daran hauptsächlich dem französischen Staatspräsidenten. Es wäre sicher verfehlt, alle bedauerlichen Entwicklungen auf General de Gaulle abzuwälzen. Da Deutschland keine Alternative zur Integration in Europa hat, wird der Stillstand der Europapolitik den Nationalismus fördern.

Die SED hat sich auf ihrem Parteitag in Würzburg wieder eindeutig zu einem wirtschaftlich und politisch vereinigten Europa bekannt. Sie tritt mit Nachdruck für die geographische Ausweitung der EWG, für die Weiterentwicklung der EWG zur Wirtschaftsunion, für die Fusion der drei Gemeinschaftsverträge von EWG, Montanunion und Euratom, für die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften (legislative Befugnisse und Direktwahl für das Europäische Parlament) und für eine verstärkte technologische Zusammenarbeit ein. In den "Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den Siebziger Jahren" heißt es zur Europapolitik u.a.:

- * In dieser Welt kann ein Europa, das nicht mehr als eine Addition
- * von Nationalstaaten oder Allianzen ist, keine entscheidende Rolle
- * spielen. Es geht darum, Europa als Völkergemeinschaft zu organi-
- * sieren.

Andererseits sagt die außenpolitische EntschlieÙung des Würzburger SED-Parteitages zum deutsch-französischen Verhältnis: "Deshalb muß auch die deutsch-französische Freundschaft vertieft werden, ohne die unsere Friedenpolitik erfolglos bliebe."

Die Beitrittspolitik General de Gaulles erscheint aus mehreren Gründen widersprüchlich und seinem europapolitischen Gesamtkonzept nicht adäquat zu sein:

1. Durch sein Veto gegen England verhindert er das von ihm selbst angestrebte europäische, von den Weltmächten unabhängige Europa, das eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik spielen könnte. Nur ein wirtschaftlicher, politischer und militärischer Zusammenschluß von EWG und EFTA, der Europa zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt machen würde, kann auf die Dauer die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit Europas bewahren. Auch die Beseitigung der technologischen Lücke ist nur mit Großbritannien möglich.
2. Staatspräsident de Gaulle befürwortet die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa. Er ist also gegenüber Osteuropa integrationsfreundlich, gegenüber Westeuropa eher integrationsfeindlich. Ein Europa von Atlantik bis zum Ural kann wohl erst dann erreicht werden, wenn sich Westeuropa zusammengeschlossen hat.
3. Schließlich lehnt Paris den Beitritt Großbritanniens ab, weil dadurch nach seiner Ansicht der Zusammenhalt und der weitere Ausbau der EWG gefährdet würde. Frankreich verteidigt hier also eine Institution, die es in den letzten Jahren eher geschwächt als gestärkt hat. Wenn Frankreich für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaften ist, müÙte es der Anwendung des Mehrheitsprinzips im Ministerrat, der Stärkung der Befugnisse und der Direktwahl des Europäischen Parlaments, der Gründung einer Europäischen Universität, direkten Finanzeinnahmen der Gemeinschaft und einer Stärkung der Stellung der Kommission zustimmen. In Wirklichkeit hat sich Frankreich aber bisher gegen diese Maßnahmen ausgesprochen. Auch bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Haltung der sechs Länder zum Atomwaffensperrvertrag zeigt Frankreich wenig Gemeinschaftsgeist. Es droht sogar mit dem Austritt und dem Ende der EWG, falls die Pläne auf dem Beitritt Großbritanniens bestehen sollten.

Richtig, erfolgreich und vernünftig

Wie die Hamburger ihren Senat bewerten

sp - Die Bevölkerung der Freien und Hansestadt Hamburg hat die Politik der Sozialdemokraten unter dem Bürgermeister Professor Weichmann für die Millionenstadt günstig beurteilt. Seit dem März 1966 wird Hamburg durch eine rein sozialdemokratische Stadtregierung geführt, die sich aus 74 SPD-Abgeordneten in der Bürgerschaft stützt, während 38 auf die oppositionelle CDU und acht auf die FDP entfallen.

Der Hamburger Senat läßt in periodischen Abständen durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften unter der Bevölkerung eine Befragung durchführen. Die Befragungsergebnisse vom Dezember letzten Jahres sind jetzt veröffentlicht worden. Bei einer wesentlichen Frage ging es um Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung und Wirtschaftsförderung. 58 Prozent aller Hamburger haben ihrem Senat bestätigt, daß er genug zur Wirtschaftsförderung getan habe, während nur 22 Prozent größere Anstrengungen gewünscht hätten und 20 Prozent keine Meinung hatten. Aus diesen Antworten spiegelt sich wider, daß die Bevölkerung Hamburgs erkannt hat, die Bestrebungen des Senats, im letzten Herbst aus der Talsohle heraus wieder zur Vollbeschäftigung zu kommen, sind richtig und erfolgreich verlaufen.

Auch die Finanzpolitik und finanzielle Lage Hamburgs wird von den Bürgern der Stadt als richtig, erfolgreich und vernünftig betrachtet. 69 Prozent der Befragten antworteten, Hamburgs finanzielle Lage ist besser als die anderer Bundesländer. Bemerkenswert dazu ist, daß 61 Prozent von ihrer Stadtregierung meinen, sie wirtschaftet auch sparsam. Das schlägt sich auch in den 68 Prozent nieder, die urteilten, Hamburgs Senat verhalte sich mit seiner Ausgabenpolitik der wirtschaftlichen Lage entsprechend.

Auch die großen Anstrengungen, die Hamburg unternommen hat, um der Wohnungsnot Herr zu werden, haben eine günstige Beurteilung gefunden. 53 Prozent der Hamburger glauben, ihr Senat habe in den letzten Jahren genug in der Wohnungsbaupolitik getan, während 42 Prozent gegenteiliger Auffassung sind.

Die Befragung spiegelt auch wider, auf welchen Sektoren Hamburg nun große Anstrengungen unternehmen muß, wobei sie besonders auf dem Gebiet der Schul- und Verkehrspolitik bereits mit hohen Dringlichkeitsprioritäten unternommen werden. Zwar glauben 57 Prozent, daß im Bereich des Schulwesens mit ausreichender Initiative gearbeitet wird, aber 46 Prozent erwarten mehr Anstrengungen. In der Verkehrspolitik sagten 45 Prozent, sie seien damit zufrieden, aber 48 Prozent sind unzufrieden und erwarten Verbesserungen.